
DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION SOLLTE EHRGEIZIGE VORSCHLÄGE ZUR
KONJUNKTURBELEBUNG UND ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES VERTRAUENS DER
BÜRGERINNEN UND BÜRGER VORLEGEN

16. JUNI 2011

Von **Mercedes BRESSO**, Präsidentin des **Ausschusses der Regionen**, Regionalrätin im Piemont (Italien), **Ramón Luis VALCÁRCEL SISO**, Erster Vizepräsident des **Ausschusses der Regionen** und Präsident der Regionalregierung von Murcia (Spanien), **Frank JENSEN**, Präsident von **EUROCITIES**, Bürgermeister von Kopenhagen (Dänemark), **Dr. Karl-Heinz LAMBERTZ**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (**AGEG**), Ministerpräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, **Jean-Yves LE DRIAN**, Vorsitzender der Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (**KPKR**), Präsident des Regionalrats der Bretagne (Frankreich), **Nazario PAGANO**, Präsident der Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente (**CALRE**), Präsident des Regionalrates der Abruzzen (Italien), **Michèle SABBAN**, Präsidentin der Versammlung der Regionen Europas (VRE), Vizepräsidentin des Regionalrats der Ile-de-France (Frankreich), **Annemarie JORRITSMA**, co-Präsidentin des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (**RGRE**), Bürgermeister von Stuttgart, **Jean-Luc VANRAES**, Präsident der Konferenz der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (**REGLEG**), Minister der Region Brüssel-Hauptstadt (Belgien)

Angesichts der bevorstehenden Verabschiedung der Vorschläge für den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen zeigen sich die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften besorgt über "Aufrufe zur Mäßigung", die ungeachtet der Standpunkte, die bei der Erörterung des fünften Kohäsionsberichts und der Haushaltsüberprüfung übereinstimmend geäußert wurden, die europäische Integration schwächen werden.

Wir ersuchen die Kommission nachdrücklich, ehrgeizige Vorschläge vorzulegen, um die wirtschaftliche Erholung voranzutreiben und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Institutionen und in die wesentlichen politischen Werkzeuge der EU, wie den Binnenmarkt, den Euro und die Kohäsionspolitik, wiederherzustellen.

Oberste Priorität genießen unserer Meinung nach insbesondere:

1. *Gestaltung und Umsetzung der Europa-2020-Strategie in Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften*

Um die Europa-2020-Strategie zu einem Erfolg zu machen, muss sie auf allen Regierungsebenen mitgetragen werden, nicht nur von den Mitgliedstaaten und Regionen, sondern auch auf der Ebene der Städte.

.../...

Wichtige Teile der Kernprioritäten der Strategie Europa 2020 betreffen vornehmlich die lokale und regionale Ebene, etwa den Ausbau der erneuerbaren Energien, die anwendungsorientierte Forschung, die Förderung des Unternehmergeists und neuer Geschäftsideen, die Entwicklung beruflicher Qualifikationen in Übereinstimmung mit dem Bedarf auf lokaler und regionaler Ebene sowie die Veränderung des Bürgerverhaltens in puncto Klima und Energie, das lebenslange Lernen und die soziale Eingliederung.

Echte Partnerschaft auf der Grundlage des Austauschs von Erkenntnissen, der gemeinsamen Planung und des Bündelns von Ressourcen auf sämtlichen Regierungsebenen wird hilfreich sein, um die Effizienz und Wirkung der Politik auf allen Ebenen zu verbessern.

2. Erhalt eines umfangreichen EU-Haushalts, falls nötig mit neuen Eigenmitteln, der einen angemessenen Teil für die Kohäsionspolitik vorsieht

Im künftigen Haushalt muss gewährleistet sein, dass wir mehr für unser Geld bekommen: er muss ergebnisorientiert sein und auf einer intelligenteren Ausgabenpolitik beruhen, mit der die kritische Masse sichergestellt und eine stärkere, schnellere Wirkung erzielt wird, mit Ergebnissen, die für möglichst viele Menschen sichtbar werden.

Um diese Ziele zu erreichen und zu gewährleisten, dass wir den richtigen Weg hin zur Verwirklichung von Europa 2020 einschlagen, müssen im EU-Haushalt genügend Mittel zur Realisierung neuer EU-Zuständigkeiten zur Verfügung stehen. Zugleich muss der Haushalt geeigneter sein, um lokale und regionale Gebietskörperschaften zur Mitwirkung zu befähigen und ihnen das passende Rüstzeug und die erforderlichen Mittel zu geben.

Der Mehrwert der EU-Finanzierung muss in der Förderung eines integrierten Ansatzes, der Stärkung der Multi-Level-Governance, der Unterstützung der Innovationstätigkeit und der Gewährleistung der Solidarität liegen. Von den Versuchen der jüngsten Zeit, den EU-Haushalt durch die Einrichtung separater Infrastrukturfonds in kleinere Bereiche aufzuteilen, sollte Abstand genommen werden.

In der künftigen Kohäsionspolitik müssen der Grundsatz des territorialen Zusammenhalts gefördert und die Vielfalt der europäischen Gebietskörperschaften sowie ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und territorialen Ebenen (subregional wie makroregional) berücksichtigt werden, ganz gleich, ob es sich um städtische oder ländliche Gebiete, Bergregionen, Gebiete in Randlage oder andere Gebiete handelt. Die Kohäsionspolitik muss alle EU-Regionen betreffen, der Großteil der Förderung sollte dabei Konvergenzregionen zugutekommen, aber auch Übergangs- und wettbewerbsfähige Regionen müssen unterstützt werden.

Die Verwaltung der Strukturfonds muss vereinfacht und effizienter gemacht werden. Hierzu ist die Beseitigung von Unklarheiten in der Rechtsetzung ebenso erforderlich wie eine bes-

sere Koordination der unterschiedlichen, an der Entscheidungsfindung über Regelungsvorhaben beteiligten Ebenen.

Wir fordern die formelle Beteiligung zuständiger lokaler und regionaler Gebietskörperschaften an der Gestaltung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung operationeller Programme sowie der Verträge über Entwicklungs- und Investitionspartnerschaft, die die Struktur- und andere Territorialfonds (ELER, EFF) abdecken werden.

3. *Entwicklung neuer Projekte und stärkerer EU-Strategien, insbesondere in Anbetracht des derzeitigen außenpolitischen und demokratischen Kontextes*

Der Vertrag von Lissabon und der derzeitige politische und demokratische Kontext an den EU-Grenzen sind eine historische Aufgabe, die neue und wirksame Lösungen erforderlich macht. Lokale und regionale Gebietskörperschaften glauben fest an den Wert stärkerer gemeinsamer Strategien auf der Grundlage der Solidarität.

Es ist daher von grundlegender Bedeutung, die Nachbarschaftspolitik der EU zu stärken und vor allem sämtliche Partner auf allen Regierungsebenen einzubeziehen, insbesondere die Zivilgesellschaft und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. An den Außengrenzen der EU wird eine Politik nach dem erfolgreichen Vorbild der Kohäsionspolitik benötigt, damit ein geopolitischer Raum, in dem 800 Millionen Menschen leben, Europa voranbringen und es international wettbewerbsfähig erhalten kann.

Wir ersuchen die Kommission dringend, dem europäischen Projekt im Sinne aller – und insbesondere der jüngsten – Bürgerinnen und Bürger einen neuen Schub zu geben.
